



Das neue Vatergeld

Waltraud Deeg will das Vatersein belohnen: Für Väter, die Elternzeit beanspruchen, gibt es ab jetzt einen Aufschlag von bis zu 800 Euro aufs Landesfamiliengeld.



von Matthias Kofler

Waltraud Deeg ist von der Maßnahme überzeugt: „Wir wollen damit all jenen Vätern entgegenkommen, die Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen“, sagt die Familienlandesrätin. Und Landeshauptmann Arno Kompatscher wünscht sich, „dass sich durch dieses Pilotprojekt das Rollenverständnis insgesamt verändert und es zu einer fairen Aufteilung der Familienlasten kommt.“

Einen Aufschlag von bis zu 800 Euro aufs Landesfamiliengeld gibt es ab 1. September 2016 für Väter, die im Privatsektor arbeiten und Elternzeit beanspruchen. Die entsprechenden Kriterien wurden gestern auf Vorschlag von Familienlandesrätin Deeg von der Landesregierung genehmigt. Das neue Landesfamiliengeld+ ist eine finanzielle Unterstützung für Familien, in denen sich die Eltern die Erziehungsarbeit teilen und wird als Zusatzbeitrag zum Lan-

„Laut einer AFI-Studie wünschen sich zwei Drittel der Väter, mehr Zeit mit ihrer Familie zu verbringen.“

Waltraud Deeg

desfamiliengeld ausbezahlt. „Väter verdienen im Durchschnitt mehr als Mütter und nehmen daher die Elternzeit kaum in Anspruch“, erklärt Waltraud Deeg. Mit dem Landesfamiliengeld+ unterstützte das Land daher Väter; die eine berufliche Auszeit nehmen. „Wenn Väter stärker in den Familienalltag eingebunden sind, wirkt sich dies nachweislich positiv auf die emotionale und kognitive Entwick-

lung der Kinder aus, führt zu einer frühen Stärkung der Familien und zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so die SVP-Politikerin.

Von einer besseren Aufteilung der Familienarbeit würden auch die Mütter profitieren. „Eltern müssen Wahlfreiheit haben“, betont die Familienlandesrätin. Der von der Landesregierung gefasste Beschluss sieht vor, dass Väter, die während ihrer Elternzeit, die zwei bis drei Monate dauern muss, ganz auf ihr Gehalt verzichten, mit 800 Euro pro Monat unterstützt werden. Väter, die 30 Prozent ihres Einkommens weiter beziehen, werden mit 400 Euro unterstützt, und wer für einen Monat 30 Prozent seines Gehalts bekommt und im zweiten Monat kein Geld erhält, bekommt 600 Euro monatlich.

Das Landesfamiliengeld+ gilt für Väter, die in der Privatwirtschaft angestellt sind und in den ersten 18 Lebensmonaten des Kindes die Elternzeit für einen Zeitraum von mindestens zwei aufeinanderfolgenden Monaten in Anspruch genommen haben.

„Bei der Inanspruchnahme der Elternzeit besteht eine Diskrepanz zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor“, bemerkt Waltraud Deeg, „allerdings wünschen sich laut einer AFI-Studie zwei Drittel der Väter, mehr Zeit mit ihrer Familie zu verbringen.“ Im Moment nutzen nur knapp zehn Prozent der Väter die Möglichkeit der Elternzeit. Die Landesregierung will auf eine Quote von 15 Prozent kommen. „Wenn noch mehr Väter ansuchen, wäre ich sehr froh und würde beim

Finanzlandesrat um eine Aufstockung der Gelder anfragen“, sagt Deeg augenzwinkernd. Familie, die für das Landesfamiliengeld+ ansuchen, müssen die Voraussetzun-

gen für den Zugang zum Familiengeld erfüllen und bereits ein Ansuchen hierfür gestellt haben. Es gilt für Kinder, die zwischen dem ersten Jänner 2016 und dem 31. Dezember 2018 zur Welt kommen. Der Zusatzbeitrag steht nicht zu, wenn das Kind in dem Zeitraum, für den der Beitrag beantragt wird, einen Kleinkinderbetreuungsdienst besucht hat.

Anträge für heuer können ab dem 1. September 2016 bei der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung (ASWE) oder bei einem Patronat gestellt werden, allerdings erst, wenn die Elternzeit, für die angesucht wird, beendet ist. Ab diesem Zeitpunkt hat die Familie 90 Tage Zeit, das Ansuchen einzureichen. Die Auszahlung des Beitrages erfolgt einmalig zusammen mit dem Landesfamiliengeld. Der Beitrag wird auf das Konto, das für das Landesfamiliengeld angegeben wurde, überwiesen.

Für das neue Familiengeld werden Geldmittel in Höhe von 746.000 Euro im Landeshaushalt zweckgebunden und der ASWE zur Auszahlung des Landesfamiliengeldes + zugewiesen. Die Gelder für dieses Pilotprojekt werden aus dem Regionalfonds für Projekte zur Förderung der Beschäftigung und zur Unterstützung der Familien herangezogen. Wie ASWE-Direktor Eugenio Bizzotto erläutert, hatten im Jahr 2013 insgesamt 550 Väter Anspruch auf das Vatergeld.



Eugenio Bizzotto: 550 Väter haben Anspruch.

Das Sammel-Gesetz

Die Landesregierung hat ein neues **Omnibus-Gesetz** geschnürt.

Die Landesregierung hat gestern mit dem Omnibus-Gesetz etwa 30 Änderungen an Landesgesetzen genehmigt. Die meisten davon regeln eine Reihe von Detailfragen, um bei den Landesgesetzen die Möglichkeit eines Interpretationsspielraums zu reduzieren und die Rechtssicherheit zu erhöhen, andere weisen zudem eine inhaltliche Relevanz auf. Allesamt betreffen sie die Bereiche Umweltschutz, Mobilität, Sanität, Wirtschaft und Steuerwesen. Zudem wurden einige Verwaltungsabläufe für Bürger und Unternehmen vereinfacht.

Zu den für die Bürger bedeutenderen Änderungen zählt zum einen die Möglichkeit, die Förderung von Lehrverträgen weiter auszubauen.

„Wir möchten auch in Zukunft einmal im Jahr solche Gesetzesänderungen in einem Sammelgesetz erledigen, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten“, erklärt Landeshauptmann Arno Kompatscher. Vorab hatte sich die Landesregierung die Meinung des Rates der Gemeinden zu den einzelnen Abschnitten des Omnibus-Gesetzes mitsamt den jeweiligen Erläuterungen eingeholt. „Einigen Einwänden des



Waltraud Deeg und Arno Kompatscher

Rates der Gemeinden haben wir durchaus Rechnung getragen, anderen nicht“, merkt der LH an. Eine erste Reihe Änderungen waren dann schon im Juli im Landtag behandelt worden. Nun fehlt noch das Grüne Licht des Landtags für den zweiten Teil, damit das Änderungspaket zum Gesetz wird.

Zu den für die Bürger bedeutenderen Änderungen zählt zum einen die Möglichkeit, die Förderung von Lehrverträgen weiter auszubauen. „Dazu können Sensibilisierungskampagnen zählen ebenso wie finanzielle Zuwendungen für ausbildende Unternehmen“, erläutert Kompatscher. „Vorerst werden wir aber schauen, was der Staat in diesem Zusammenhang unternimmt und dann entscheiden.“

